FORUM Steuerrecht Schloss Nordkirchen e.V.

31. (Online-)Vortragsveranstaltung Aktuelles Unternehmenssteuerrecht 9.5.2022

Aktuelle Rechtsprechung des X. BFH-Senats

Dr. Jens Reddig

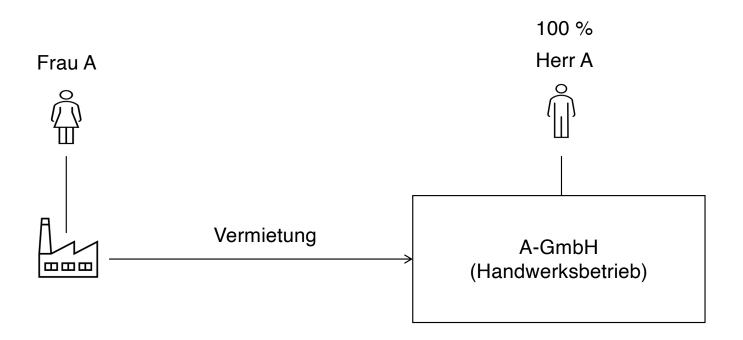
Richter am Bundesfinanzhof I Mitglied des X. Senats

Fallauswahl (ab 2020)

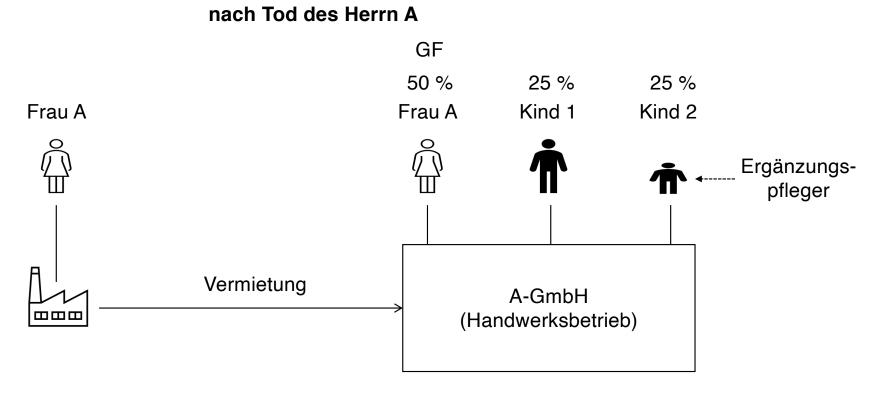
- 1. Aktuelles zur personellen Verflechtung (Betriebsaufspaltung)
- 2. Rechnungsabgrenzungsposten: Verkennt der BFH die Wesentlichkeit?
- 3. Nutzungsfristen bei § 7g Was heißt "Wirtschaftsjahr"?
- 4. eBay-Handel im Ertragsteuerrecht

1. BFH v. 14.4.2021 – X R 5/19, BStBI II 2021, 581 ("50 %-Fall")

bis zum Tod des Herrn A



1. BFH v. 14.4.2021 – X R 5/19, BStBl II 2021, 581 ("50 %-Fall")



Betriebsaufspaltung?

- 1. BFH v. 14.4.2021 X R 5/19, BStBl II 2021, 581 ("50 %-Fall") Lösung
- bis zum Tod von A keine Betriebsaufspaltung: "Wiesbadener Modell" (VuV)
- nach Tod des A: It. FA personelle Verflechtung → Gründung eines Besitzunternehmens
- BFH: keine eigene gesellschaftsrechtliche Stimmenmehrheit von Frau A in der GmbH (nur exakt 50 %); GF-Amt vermittelt keinen weitergehenden beherrschenden Einfluss
- aber: Zurechnung der Anteile des minderjährigen Kindes 2 (50 % + 25 %)?
- Rechtfertigung des Zurechnungsgedankens (Vermutung gleichgerichteter wirtschaftlicher Interessen bei elterlicher Vermögenssorge [§ 1626 I S. 2 BGB])
- hier aber (-); Ergänzungspfleger tritt an die Stelle von Frau A (vgl. § 1630 I BGB)
- Exkurs: Gestaltungserwägungen vor Eintritt der Volljährigkeit

2. BFH v. 16.3.2021 – X R 34/19, BStBI II 2021, 844 ("Mini-aRAP")

Jahr 2 Jahr 3 Jahr 1 vorausgezahlte Aufwendungen für das Jahr 2 (Vers., Steuern) jeweils < 800 € vorausgezahlte Aufwendungen für das Jahr 3 Vers., Steuern) jeweils < 800 € vorausgezahlte FA erkennt den jeweils für die Jahre 1-3 geltend Aufwendungen gemachten vollen BA-Abzug nicht an für das Jahr 4 Aktivierung von aRAP (insbes. Vers., Steuern) FG gibt Klage statt jeweils < 800 €

2. BFH v. 16.3.2021 – X R 34/19, BStBI II 2021, 844 ("Mini-aRAP") – Lösung

- Kernaussage des BFH: auch "Mini-aRAP" sind zu bilden (Abgrenzung von X R 20/09)
- eindeutiger Gesetzeswortlaut in § 5 V S. 1 Nr. 1 ("...sind...anzusetzen")
- kein Bilanzierungswahlrecht über den GoB der Wesentlichkeit
- kein Bilanzierungswahlrecht über den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
- keine Verletzung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes; ist "suspendiert"
- iÜ sind Wertungen des § 6 II nicht auf RAP übertragbar
- praktische Folgen und Ausblick

3. BFH v. 28.7.2021 – X R 30/19, BFHE 274, 83 (§ 7g)

Jahr 1 Jahr 2 Jahr 3 Jahr 4

IAB für Pkw

Anschaffung Pkw

Sonderabschreibung § 7g V

Betriebsaufgabe

Nutzungs- und Verbleibensvoraussetzungen des § 7g erfüllt?



Wj. Anschaffung



darauffolgendes Wj.

- 3. BFH v. 28.7.2021 X R 30/19, BFHE 274, 83 (§ 7g) Lösung
- Was heißt "Wirtschaftsjahr" iSv. § 7g I S. 1?
- keine eigenständige Begriffsdefinition in § 7g
- Rückgriff auf § 8b EStDV: grds. 12 Monate
- aber: § 8b S. 2 Nr. 1 EStDV: Rumpf-Wj. ua. bei Betriebsaufgabe/Betriebsveräußerung
- BFH: keine Anhaltspunkte dafür, dass bei § 7g ein spezieller Wj.-Begriff existiert
- Nutzungs- und Verbleibensfrist in § 7g I S. 1 (§ 7g VI Nr. 2) keine strikte Zweijahresfrist
- selbst Extremkonstellationen sind grds. denkbar (zB. 30.12. --- 3.1.) I § 42 AO?
- BMF-Position und Ausblick

4. BFH v. 17.6.2020 – X R 18/19, BStBI II 2021, 213 ("eBay-Handel")

Internet-Shop

Modelleisenbahnen

Zubehör
Reparaturen

Erkenntnisse Steufa:

Erlöse aus ca. 1.500 Verkäufen von Modelleisenbahnartikeln über "eBay" waren nicht als gewerbliche Einkünfte erklärt

unklar blieb:

Woher stammten die verkauften Artikel?

- Kläger: aus Privatsammlung, die er zu Hause aufbewahrt habe
- FA: Privatsammlung habe aufgrund eines aktenkundig angezeigten Diebstahls gar nicht mehr existieren können
- FG: Zuordnung zur Privatsammlung könne unterstellt werden, dennoch gewerbliche Einkünfte

- 4. BFH v. 17.6.2020 X R 18/19, BStBl II 2021, 213 ("eBay-Handel") Lösung
- Szenario 1: verkaufte Artikel wurden für Internet-Shop des Klägers angeschafft
 → Zuordnung zum Gewerbebetrieb (Bescheide = rechtmäßig)
- Szenario 2: verkaufte Artikel seinerzeit zwar privat angeschafft, aber keine ausreichende
 Trennung zwischen BV und PV
 - § 344 I HGB: Grundsatz der branchengleichen Rechtsgeschäfte (Vermutung der Zugehörigkeit zum BV)
 - Bescheide = rechtswidrig, da keine Einlagewerte als BA erfasst
- Szenario 3: Verkauf einer Privatsammlung bei Entkräftung der Vermutung des § 344 I HGB
 - Abgrenzung Gewerbebetrieb --- private Vermögensverwaltung
 - Lag ein händlertypisches Verhalten...
 - ...nicht nur auf der Absatz-, sondern auch auf der Beschaffungsseite vor ("marktmäßiger Umschlag")?
 - wenn (-), dann Bescheide = rechtswidrig (nicht-steuerbare Vermögensverwaltung)